

Der Kapitalmarkt

Informationsservice für politische Entscheider



Mai 2026

Titelstory 2

Reform von unten

Das neue „Aktienbarometer“ zeigt eindeutig, dass die Bevölkerung gerade bei heiklen Themen wie den Pensionen weiter ist als die Politik. Warum das so ist.

Finanzbildung 4

Lucky Lücke

Der Bildungsminister setzt mit der Finanzbildungsstrategie Akzente. Warum es noch mehr braucht, um ganz Österreich fit für den Kapitalmarkt zu machen.

Pensionssystem 5

Die Säulen auf der Erde

Die zweite und dritte Säule des Pensionssystems sind hierzulande mangelhaft ausgebaut. Der betrieblichen Vorsorge nimmt sich die Regierung jetzt an. Was noch zu tun wäre.

Über uns / Impressum 6

Titelstory



Reform von unten

Politische Persönlichkeiten werden dafür gewählt, voranzugehen und Dinge anzustoßen, die sich sonst niemand zutraut. In kaum einer politischen Antrittsrede fehlt der Hinweis, auch Unpopuläres zum langfristigen Wohl der Schutzbefohlenen angehen zu wollen. Blickt man auf die österreichische Realität, verkommt diese hehre Vorstellung freilich zu grauer Theorie. Stichwort „grau“: Eine überfällige Pensionsreform wird seit mittlerweile Jahrzehnten regierungsübergreifend vermieden. Die aktuelle Koalition verordnete dem auf den Eisberg zusteuernden Pensionstanker bloß eine kaum merkbare Kurskorrektur. Und selbst dieses zarte Eingreifen löste innerhalb mancher Regierungsfraktion Rumoren aus.

We, the People

Das einzig Tröstliche: Die von der Politik so gefürchtete Wählerschaft scheint in Sachen Pensionen das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Scheuen Parteien eine ernsthafte Diskussion über den Auf- und Ausbau einer zweiten und dritten Säule der Pensionsvorsorge, sind die Staatsbürger eindeutig handlungsschneller. Das zeigt das von Meinungsforscher Peter Hajek (im Auftrag von Wiener Börse, Aktienforum und Industriellenvereinigung) erhobene „Aktienbarometer“ sehr eindrücklich. Die diesjährige Sonderauswertung zur Pensionsvorsorge fördert nämlich Erstaunliches zutage: Während über die Gesamtbevölkerung gesehen nur mehr 39 Prozent „sehr“ oder „eher“ starkes Vertrauen in ein Ausreichen der staatlichen Pension haben, geben 58 Prozent der Befragten zu Protokoll, „eher wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen mehr zu haben.

Verlorenes Vertrauen

Blickt man dann noch auf die Alterskohorten, wird die Dringlichkeit der Handlungsaufforderung von unten noch deutlicher: Sogar unter Pensionisten blickt mit 54 Prozent nur eine knappe Mehrheit eher wohlwollend auf die Aufstellung der staatlichen Pension. Bei Berufstätigen ist es dagegen mit 31 Prozent nicht einmal mehr ein Drittel. Noch desaströser ist der

Politischer Aufholbedarf

Börse, IV und Aktienforum sehen Bevölkerung beim Pensionsthema weiter als die Politik.

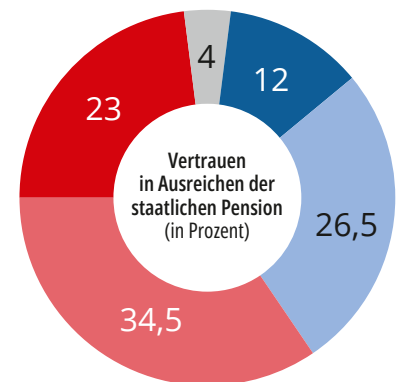
(v. li.) Börse-CEO Christoph Boschan; Aktienforums-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger; IV-General Christoph Neumayer; Studienautor Peter Hajek

Foto: © IV

Junge Awareness

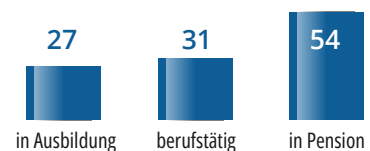
Ältere verlassen sich aufs Pensionssystem, Junge wissen um den eigenen Handlungsbedarf

Quelle: Public Opinion Strategies „Aktienbarometer 2026“



■ sehr stark ■ eher stark ■ eher wenig
■ überhaupt nicht ■ weiß nicht/keine Angabe

Vertrauen nach Altersgruppen (in Prozent)



Befund der in Ausbildung Befindlichen – sie weisen nur mehr zu 27 Prozent ein akzeptables Vertrauenslevel ins aktuelle Pensionssystem auf.

Beim Lamento über die bestehenden Verhältnisse bleibt es gerade bei den jüngeren Schichten allerdings nicht. Sie sind sich der Notwendigkeit, selbst aktiv zu werden, durchaus bewusst. Im „Aktienbarometer“ wurde auch die Wichtigkeit von Wertpapieren für die Pensionsvorsorge erhoben. Und siehe da: Während wenig überraschend nur jeder fünfte aktuelle Pensionist (20%) findet, dass Wertpapiere für die eigene Pension Relevanz haben, sind es bei den 30- bis 59-Jährigen schon mehr als doppelt so viele (42%).

Die richtige Richtung

Unter den 16- bis 29-Jährigen erreicht die Zustimmung zur Wichtigkeit einer zusätzlichen Pensionsvorsorge dann eine absolute Mehrheit (55%). IV-Generalsekretär Christoph Neumayer sagt dazu: „Die Bevölkerung ist weiter als die Politik. Die politischen Rahmenbedingungen hierzulande sind im Vergleich etwa zu skandinavischen Ländern aber dramatisch unterentwickelt. Das muss sich ändern.“ Für Aktienforums-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger wäre der Ausbau der zweiten und dritten Säule eine doppelt gute Nachricht für den Staat: „Damit wird das System nicht nur tragfähiger und gewinnt wieder an Vertrauen. Der Staatshaushalt wird auch entlastet und kann sich stärker Zukunftsinvestitionen widmen.“

Maue Mythen

Generell ist der für österreichische Verhältnisse durchaus Boom zu nennende Trend zum Kapitalmarkt ungebrochen. Waren vor rund zehn Jahren nur zehn Prozent der Bevölkerung investiert, hat sich diese Zahl 2026 auf 31 Prozent mehr als verdreifacht. Das ist ein neuer Spitzenwert, fast jeder Dritte im Land hat bereits Wertpapiere. Daneben werden auch andere seit Jahrzehnten immer gleiche, maue Mythen zum Kapitalmarkt durch Hajeks Studie enttarnt. Zum einen handelt es sich beim Thema Wertpapierbesitz längst nicht mehr um ein Elitentema. Das unterstreicht auch ein Blick auf die Verteilung der Wertpapierbesitzer: Rund 1,5 Millionen Menschen sind am Kapitalmarkt investiert, obwohl sie ein Nettoeinkommen von weniger als 3.000 Euro pro Monat zur Verfügung haben.

Realität ist auch, dass die Klassenkampfthese des zockenden Aktienbesitzers in die Mottenkiste politischer Erzählungen gehört. Denn die Bevölkerung sieht Investments als Marathon, nicht als Sprint. Im Ranking der Motive führt der „langfristige Vermögensaufbau“, den 81 Prozent der Befragten anführen. Auf Platz zwei folgt das Argument des „Werterhalts“ angesichts der Inflationssituation mit 76 Prozent. Stark aufgeholt hat eben auch der Gedanke der „Pensionsvorsorge“ mit 62 Prozent.

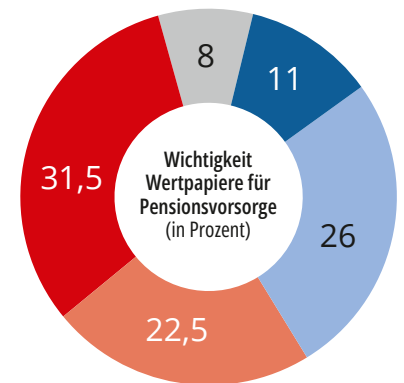
Der Wermutstropfen

Eine Schiefelage besteht mit den bekannten geschlechtsspezifischen Unterschieden freilich weiterhin. Während 38 Prozent der Männer am Kapitalmarkt unterwegs sind, haben diesen Weg bislang nur 24 Prozent der Frauen eingeschlagen. Luft nach oben ist für den heimischen Kapitalmarkt also durchaus noch vorhanden.

Wertpapiere als Trumpf

Je jünger die Kohorte, desto stärker baut man auf die Kraft des Kapitalmarkts bei der Pensionsvorsorge

Quelle: Public Opinion Strategies „Aktienbarometer 2026“



■ sehr wichtig ■ eher wichtig ■ eher unwichtig
■ überhaupt nicht wichtig ■ weiß nicht/keine Angabe

Wichtigkeit nach Altersgruppen (in Prozent)

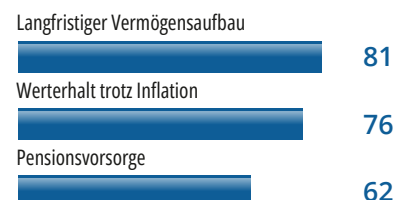


Zielgerichtet statt Zocken

Langfristigkeit und Sicherheit zählen für die Bevölkerung am Kapitalmarkt

Quelle: Public Opinion Strategies „Aktienbarometer 2026“

Warum investieren Sie in Aktien? (in Prozent)



Finanzbildung

Lucky Lücke

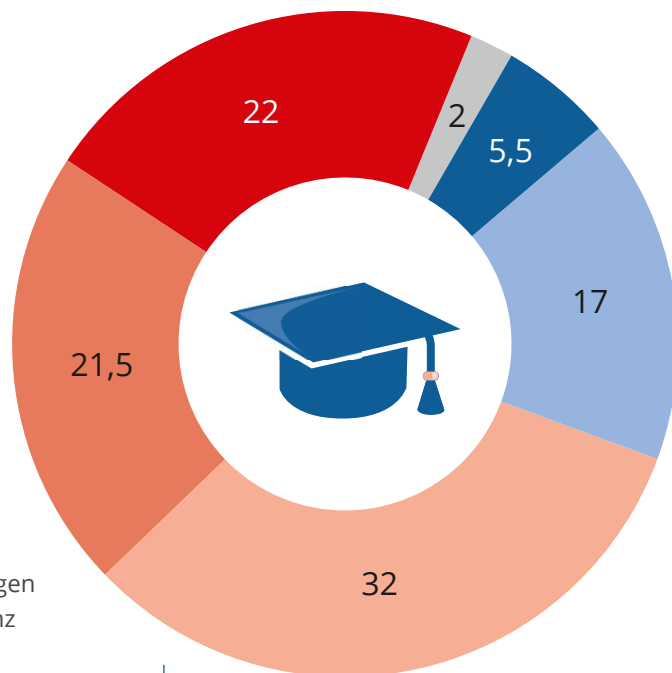
Wer in Österreich etwas zu ändern gedenkt, kann was erleben. Wohl aus diesem Grund bleibt der Reformwille von Bundesregierungen meist hinter den Erwartungen zurück. Einer, der sich ein wenig aus der Deckung wagte, war Bildungsminister Christoph Wiederkehr (NEOS). Er kündigte an, den Lehrplan der AHS-Oberstufe adaptieren zu wollen: Die Latein-Wochenstunden sollten zurückgefahren, neue Fächer wie „Medien und Demokratie“ und „Informatik und KI“ eingeführt bzw. ausgebaut werden. Mehr hatte der Mann nicht gebraucht. Gewerkschaft sowie Prominenz aus Kunst und Kultur riefen zum Widerstand gegen Wiederkehr auf. Von einem „Angriff auf die geistige Substanz unseres Bildungssystems“ war etwa die Rede.

Das Strategie-Startup

Die Kritik der Skeptiker wies glücklicherweise eine Lücke auf: Wiederkehres Pläne sehen auch vor, dass Finanzbildung eine aufgewertete Rolle im Fach Geografie und Wirtschaftsbildung einnimmt. Diese Einsicht kommt nicht von ungefähr, denn die Selbsteinschätzung der Bevölkerung in Sachen „Wissen um Wertpapiere“ ist durchaus ausbaufähig. In Peter Hajeks „Aktienbarometer 2026“ (s. Story S. 2) sahen sich bloß rund 23 Prozent der Befragten „sehr“ oder „eher gut“ informiert. 32 Prozent meinten, ihr Wissen sei „durchschnittlich“ – rund 44 Prozent schätzten ihre Kenntnisse als „eher“ oder gar „sehr gering“ ein.

Handlungsbedarf seitens der Politik ist also mehr als nur gegeben. Tatsächlich versucht die Regierung über die Weiterentwicklung der „Nationalen Finanzbildungsstrategie“ die evidente Bildungslücke zu schließen. In ihrem an sich lobenswerten Versuch geht sie allerdings nicht weit genug.

In einer Stellungnahme ans Finanzministerium schlugen Industriellenvereinigung (IV) und Aktienforum einen Boost für die Bildung vor. In einem 8-Punkte-Programm stehen einige Maßnahmen hervor: Etwa eine „verbindliche Verankerung“ der Finanzbildung entlang der „gesamten Bildungslaufbahn“. Vage definierte Kompetenzziele reichen laut IV und Aktienforum nicht aus, es braucht klare Vorgaben von der Elementarbildung bis zur Erwachsenenbildung. Daneben muss das Lehrpersonal in der Anwendung didaktischer Werkzeuge besser geschult werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Entideologisierung des Kapitalmarkts empfohlen, ins Zentrum sollten die Chancen eines breit aufgestellten Vermögensaufbaus rücken. Schließlich werden auch frühzeitige Bildungsangebote zur Pensionsvorsorge angeregt. Eine Maßnahme, die wohl auch überfällige Reformen in Sachen staatlicher Pensionsausgaben leichter machen würde.



Selbsteinschätzung Wissen über Wertpapiere (in Prozent)

■ sehr gut ■ eher gut ■ durchschnittlich
■ eher gering ■ sehr gering ■ weiß nicht

Wenig Wissen

Die relative Mehrheit der Österreicher schätzt das eigene „Wissen über Wertpapiere“ als gering ein – ein klarer Auftrag an die Politik

Quelle: Public Opinion Strategies „Aktienbarometer 2026“



Der lobenswerte Versuch der Regierung geht nicht weit genug.



Pensionssystem

Die Säulen auf der Erde

Den Leitsatz, wonach Angriff die beste Verteidigung ist, nahmen sich jüngst die Pensionistenvertreterinnen von ÖVP, Ingrid Korosec, und SPÖ, Birgit Gerstorfer, zu Herzen. Die beiden steckten Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) fürs Doppelbudget enge Grenzen. Unter dem Motto „Pensionisten sind nicht der Bankomat der Nation“ forderten sie eine „volle Pensionsanpassung für alle“. Mit Blick auf die Bundeszuschüsse ins Pensionssystem ist das eine gewagte Position: Für Beamte und ASVG-Pensionisten wurden 2024 rund 30 Milliarden Euro, also rund ein Viertel des Bundesbudgets, aufgewendet. 2004 waren es noch „überschaubare“ 13,5 Milliarden Euro. Die Prognose der „Agenda Austria“ für 2028 geht gar von knapp 37 Milliarden Euro an Zuzahlungen aus. Da fällt die fürs Doppelbudget geringfügig unter der Inflation angekündigte Pensionsanpassung wohl wenig ins Gewicht.

Langsames Erwachen

Die Regierung beginnt aber immerhin den Kurs zu korrigieren. Von einem 3-Säulen-Modell aus staatlicher, betrieblicher und privater Vorsorge kann beim heimischen Pensionssystem historisch keine Rede sein. Nun nimmt man aber den Ausbau der betrieblichen Säule in Angriff. In einem Ministerratsvortrag schuf die Regierung die Möglichkeit einer Übertragung von Abfertigungsgeldern in eine Pensionskasse. Diese Option hatten 75 Prozent der Bevölkerung bislang nicht. Schwarz-Rot-Pink will nun einen „Generalpensionskassenvertrag“ schaffen. Außerdem gibt es steuerrechtliche Erleichterungen bei der Entnahme der Gelder sowie neben der „Abfertigung NEU“ (mit Kapitalgarantie) die Möglichkeit, längerfristig und ohne Kapitalgarantie anzulegen. Damit sollte in ein starres System endlich mehr Flexibilität Einzug halten.

Der Ausbau in Richtung privater Vorsorge fehlt aber weiterhin, die dritte Säule bleibt verkümmert. Das verwundert, weil auch die Europäische Union (EU) im Rahmen der Savings & Investment Union (SIU) anregt, ein flächendeckendes Pensionsprodukt zu schaffen. Dafür bräuchte es staatliche Incentivierung, etwa durch steuerliche Anreize oder Förderungen. „Mittlerweile gibt es in vielen EU-Ländern erfolgreiche Modelle, die langfristige Investitionen in die Wirtschaft, Innovationen und den Wohlstand sichern“, sagt Aktienforums-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger.

Ganz konkret auf der Hand läge in Österreich etwa die Wiedereinführung einer Behaltfrist (wie es sie hierzulande bis 2011 gab). Auch könnte nach deutschem Vorbild ein Altersvorsorgedepot geschaffen werden. Würden pro Jahr 1.800 Euro angespart, würde der Bund 540 Euro zuschießen. Das wäre ein echter Anreiz für private Vorsorge, via Kinderzulagen gerade für Familien.



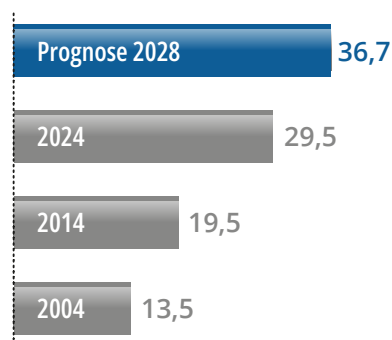
Ausbaufähig

Das Pensionssystem ruht allein auf einer immer brüchigeren, staatlichen Säule – die betrieblichen und privaten Säulen sind deutlich unterentwickelt

Pensions-Bankomat

Die Pensionisten heben aktuell pro Jahr rund 30 Milliarden Euro aus dem allgemeinen Budget ab, Tendenz stark steigend

Quelle: Alterssicherungskommission, Statistik Austria; Prognose 2028: Agenda Austria



Jährliche Zuschüsse ins Pensionssystem
(in Mrd. Euro)

Über uns



Die Interessenvertretung der börsennotierten Unternehmen und Plattform zur Förderung des österreichischen Kapitalmarkts

Das Aktienforum repräsentiert die wesentlichen Verantwortungsträger am Finanzplatz Österreich. Auf unsere Mitglieder entfallen drei Viertel der Marktkapitalisierung der Wiener Börse. Neben den börsennotierten Unternehmen sind Banken und Finanzdienstleister, Finanzberater und andere Interessenvertretungen, die sich für den österreichischen Finanzplatz und Kapitalmarkt engagieren, Mitglieder des Aktienforums.

Das Aktienforum vertritt seit seiner Gründung im Jahr 1989 die Interessen seiner Mitglieder sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene und ist Mitglied der European Association for Share Promotion (EASP).

Wir freuen uns über Rückmeldungen und stehen Ihnen für Auskünfte und weitergehende Hintergrundinformationen jederzeit zur Verfügung.

Geschäftsführer Mag. Karl Fuchs
k.fuchs@aktienforum.org

Sie finden „Der Kapitalmarkt“ auch in elektronischer Form unter:
www.aktienforum.org

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.
Fotocredits: Foto Angelika Sommer-Hemetsberger: © OeKB David Sailer | Foto Karl Fuchs: © Aktienforum
Grafikdesign: Harald Punz



Angelika Sommer-Hemetsberger

Präsidentin
des Aktienforums



Karl Fuchs

Geschäftsführer
des Aktienforums

Impressum

Medieninhaber
und Herausgeber:

Aktienforum –
Österreichischer
Verband für Aktien-
Emittenten und
-Investoren
Lothringerstraße 12,
1030 Wien

www.aktienforum.org

ZVR-Zahl: 376366751